

Gemeinsame Erklärung der SPD-Innenminister und -senatoren zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstählen

7. November 2016

Die SPD-Innenminister und -senatoren betrachten die anhaltend hohe Anzahl von Wohnungseinbruchdiebstählen in Deutschland mit großer Sorge. Die Einbruchskriminalität stellt die Strafverfolgungsbehörden fortwährend vor immense Herausforderungen.

Das mit der Einbruchskriminalität verbundene Unrecht ist massiv. Über die materiellen Schäden hinaus, verletzen die Täter die Privat- und Intimsphäre ihrer Opfer, sie rufen Gefühle der Erniedrigung und Machtlosigkeit hervor und beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl der Menschen oft nachhaltig.

Die SPD-Innenminister und -senatoren sind sich hiernach in ihrem Bestreben einig, die Einbruchskriminalität insgesamt eindämmen zu wollen und erachten sowohl präventive als auch repressive Maßnahmen für erforderlich.

1. Mehr Prävention und Beratung!

Das vorrangige Ziel ist und bleibt, Wohnungseinbruchdiebstähle zu verhindern. Präventiv wirkungsvoll zeigt sich moderne Sicherheitstechnik an Gebäuden und Wohnungen. Eine Vielzahl von Wohnungseinbruchsdiebstählen scheitert in der Vollendung an technischen Schutzmaßnahmen. Angesichts dessen sprechen sich die SPD-Innenminister und -senatoren für Investitionen in moderne Sicherheitstechnik aus, um Wohnungseinbruchsdiebstählen vorzubeugen. In die Musterbauordnung des Bundes und die jeweiligen Landesbauordnungen sollte daher das Erfordernis höherer Widerstandsklassen für Fenster und Türen aufgenommen werden. Für Bestandsbauten bietet der Bund über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bereits Förderungen für den nachträglichen Einbau von moderner Sicherheitstechnik an. Im Rahmen einer kostenlosen Beratung wird durch die Polizeibehörden kompetent über geeignete Sicherungstechnik informiert und praktische Verhaltenshinweise

gegeben. Hierfür sollen die Länderpolizeien künftig offensiver werben und die Angebote der Öffentlichkeit bekannt machen.

2. Polizeipräsenz weiter stärken!

Ziel der SPD-Innenminister und -senatoren ist es, die Polizeipräsenz weiter zu stärken. Wo die Polizei gebraucht wird, muss sie vor Ort sein. Polizei muss aber auch darüber hinaus für den Bürger noch sichtbarer, ansprechbarer und auch in der Fläche präsent sein. Es wird daher weiter ein besonderes Augenmerk auf abgestimmte flächendeckende Präsenzkonzepte gelegt.

3. Reisende Täter in den Fokus nehmen!

Zudem soll der Fahndungsdruck hoch gehalten und weiter erhöht werden. Wohnungseinbruchsdiebstähle werden insbesondere auch von überregional agierenden Tätergruppierungen, teilweise unter Nutzung von Reisefreiheit oder unter Missbrauch des Asylrechts begangen. Die SPD-Innenminister und -senatoren setzen beim Kampf gegen Kriminalität daher auch auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Länder und angrenzenden Staaten. Mit den benachbarten Ländern und Staaten werden eine verstärkte Zusammenarbeit sowie gemeinsame grenznahe Kontrollen angestrebt. Damit wollen wir den Druck auf reisende Straftäter deutlich erhöhen. Dazu gehört auch im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen den Aufenthalt intensiv oder erheblich straffällig gewordener Zuwanderer, die das Zuwanderungsrecht missbrauchen, konsequent zu beenden.

4. Informationsflüsse verbessern!

Serientäter machen nicht an Landesgrenzen halt. Das Wissen über Taten, Täter und Bekämpfungs- und Ermittlungsmaßnahmen muss besser miteinander vernetzt werden. Die SPD-Innenminister und -senatoren sprechen sich daher dafür aus, dass das Bundeskriminalamt (BKA) verstärkt seine Zentralstellenfunktion im Bereich reisender Täter wahrnimmt. Es soll dazu beim BKA eine „Intensivtäterdatei WED“ eingerichtet werden. Das BKA soll darüber hinaus eine Projektgruppe „Reisende Wohnungseinbrecher“ einrichten.

5. Technische Möglichkeiten nutzen!

Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls muss die fortschreitenden technischen Entwicklungen berücksichtigen. Die SPD-Innenminister und -senatoren sprechen sich dafür aus, dass sowohl bei der Tatortaufnahme, der Spurensicherungen und -analyse als auch bei der polizeilichen Kommunikation sowie der Informationsauswertung und -übermittlung modernste technische Mittel zum Einsatz kommen müssen. Auch der Einsatz von sogenannter „predictive policing“-Software ist zu erproben und gegebenenfalls flächendeckend einzusetzen.

6. Schulterchluss zwischen Polizei und Justiz!

Polizeiliche Festnahmen von Serientätern mit anschließender Inhaftierung wirken sich unmittelbar auf die Fallzahlen aus. Die SPD-Innenminister und -senatoren sprechen sich daher dafür aus, dass Polizei und Justiz zur Abstimmung der strafverfolgenden Ermittlungsmaßnahmen, aber auch zu Fragen des Ermittlungsumfanges, der rechtlichen Möglichkeiten und ihren Grenzen dauerhaft und intensiv miteinander in Kontakt stehen. So können vorhandene Ressourcen optimal genutzt werden. Dazu sollten die Möglichkeiten der Anordnung von Untersuchungshaft bei Tatverdächtigen von Serienstraftaten sowie bei Tatverdächtigen mit außerdeutschem festem Wohnsitz erleichtert werden. Zur Aufdeckung von Bandenstrukturen sollte darüber hinaus in diesem Deliktsbereich die Telekommunikationsüberwachung den Ermittlerinnen und Ermittlern bereits zur Verfügung stehen, wenn sie Anhaltspunkte für eine bandenmäßige Begehung gesammelt haben und nicht erst wenn dies durch Tatsachen belegt ist. Zudem sollte der Straftatenkatalog des § 100a StPO um das typische Serielikt des Wohnungseinbruchdiebstahls ergänzt werden, um die Ermittlungserfolge deutlich zu erhöhen.